

Emanuel Schädler

TAFELN ZUM LANDESVERWALTUNGSPFLEGESETZ (LVG)

SAMT GLIEDERUNG DES LVG IM ANHANG



LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
etc.	et cetera
ff.	folgende
GemG	Gemeindegesetz
i. V. m.	in Verbindung mit
lit.	litera (Buchstabe)
LV	Verfassung des Fürstentums Liechtenstein
LVG	Landesverwaltungspflegegesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
u. a.	unter anderem
ZPO	Zivilprozessordnung

Impressum

Herausgeber	Liechtenstein-Institut, Barend
Autor	Dr. Emanuel Schädler Jurist, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut emanuel.schaedler@liechtenstein-institut.li

© Liechtenstein-Institut, Barend, 2018



Vorbemerkungen

Die vorliegenden Tafeln zum LVG samt dessen Gliederung im Anhang sollen helfen, der häufig bemängelten Undurchsichtigkeit dieses Erlasses zu begegnen. Dem LVG aus dem Jahre 1922 fehlt es nämlich an der heute üblichen klaren Gliederung und Prägnanz von Verfahrensordnungen, was auf denjenigen, der es mit ihm zu tun bekommt, verständlicherweise abschreckend wirken kann. Die Tafeln sollen hier Abhilfe schaffen und eine Hilfestellung bieten. Sie sollen sozusagen als Kartographierung des LVG dienen und die Orientierung erleichtern, indem sie einzelne Bereiche in Übersichten mit stichwortartigen Ausführungen zusammenfassen und Querverweise nachzeichnen.

Die Tafeln können auf verschiedene Art verwendet werden. Sie können dabei helfen, sich «vom Grossen hin zum Kleinen» zunächst einen Überblick über das LVG zu verschaffen, sich so dann innerhalb der einzelnen Verfahrensarten und Verfahrensstadien zurechtzufinden und schliesslich bei Bedarf bis hin zu einzelnen Bestimmungen und Verweisungen vorzustossen. In umgekehrter Weise können die Tafeln aber auch «vom Kleinen zum Grossen» ausgehend von einem bestimmten Begriff (der sich im PDF über die elektronische Stichwortsuche rasch auffinden lässt) genutzt werden. Bei einem solchen Ansatzpunkt zeigen die Tafeln nicht nur auf den ersten Blick die (jeweils in Klammern angegebenen) einschlägigen Vorschriften des LVG, sondern geben auch Auskunft darüber, wo innerhalb der Verfahrensarten und Verfahrens-

stadien und wo innerhalb des gesamten Systems des LVG man sich befindet. Aus den stichwortartigen Ausführungen geht jeweils der verfahrensrechtliche Kontext hervor und es werden Hinweise, beispielsweise zu Rechtsmitteln oder Sonderregelungen, gegeben.

Die Tafeln folgen in Systematik und Terminologie weitgehend dem LVG und sind in erster Linie auf einen analytischen, nicht auf einen interpretatorischen Wert hin angelegt. Das bedeutet, die Tafeln bieten (nur, aber immerhin) eine übersichtliche Darstellung und informieren darüber, wo sich was im LVG bzw. in den vom ihm geregelten Verfahren findet und welche Querverweise gezogen werden. Nicht hingegen kommentieren die Tafeln einzelne Vorschriften oder geben weiterführende Informationen. Die Tafeln sind gewissermassen der aufs Wesentliche eingedampfte Gesetzestext, in Übersichten gegossen und mit Querverweisen angereichert. Gerade die internen Verweise zu erfassen, deren sich das LVG häufig – und oft verwirrenderweise – bedient, und die Zielstellen dieser Verweise übersichtlich darzustellen, bildet ein wichtiges Anliegen der Tafeln und macht sie beim Zurechtfinden im LVG hoffentlich besonders nützlich.

Die Gliederung des LVG ist im Anhang beigelegt. Es handelt sich dabei lediglich um die Zusammenstellung des Grundgerüsts des LVG

anhand der einzelnen Hauptstücke, Abschnitte und weiteren Untergliederungen, wie Wilhelm Beck es damals konzipiert hat. Auch diese Übersicht kann bei der Orientierung im LVG und im Hinblick auf eine systematische Argumentation wertvoll sein.

Insgesamt handelt es sich bei den Tafeln in der vorliegenden Fassung noch um einen Entwurf.

Wo immer sich bei ihrer Verwendung herausstellen wird, dass etwas unvollständig, missverständlich oder falsch erfasst worden ist, werden sie laufend korrigiert und verbessert werden müssen. Für konstruktive Hinweise, die hierzu beitragen, bin ich daher natürlich dankbar.

Nebst den Tafeln, die sich um eine graphische Aufschlüsselung des LVG bemühen, kann als zusätzliche Arbeitshilfe der «Index zum Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVG)»

herangezogen werden. Dieser verzeichnet, synoptisch für die verschiedenen Verfahrensarten, für einzelne Stichworte die einschlägigen Fundstellen im LVG und führt so rasch zu gesuchten gesetzlichen Grundlagen. Tafeln und Index sind folglich komplementäre Hilfsmittel. Beide bezwecken gleichermassen, den Umgang mit dem LVG zu erleichtern, sie tun dies indessen aus verschiedenen Perspektiven.

Bendern, im Januar 2018
Emanuel Schädler



Verwaltungsgerichtshof Art. 1 Abs. 1 LVG; Art. 2 Abs. 3 LVG; Art. 120 Abs. 5 GemG		
Regierung Art. 1 Abs. 1 LVG; Art. 2 Abs. 1 LVG	Regierung Art. 90 Abs. 1 LV; Art. 2 Abs. 1 und 2 LVG; Art. 103a LVG	Beschwerdekommision Art. 78 Abs. 3 LV; Art. 103a LVG
	Gemeinde Art. 116–118 GemG (Aufsicht); Art. 119–121 GemG (Aufsichtsbeschwerde, Verwaltungsbeschwerde); Art. 30 Abs. 2 LVG	Amt, Amtsperson etc. Art. 78 Abs. 2 LV; Art. 2 Abs. 1 LVG

Einhaltung des Instanzenzuges
 Art. 2 Abs. 4 und 5 LVG, Art. 90 Abs. 7
 LVG, Art. 100 Abs. 6 und 7 LVG,
 Art. 105 Abs. 5 LVG

Zuständigkeiten (Art. 24 LVG)
Ausstand Ausschluss (Art. 6 LVG, Art. 8–9 LVG, Art. 14 LVG, Art. 15 LVG) Ablehnung (Art. 7 LVG, Art. 10 LVG, Art. 14 LVG) Verfahren (Art. 11–12 LVG)
Hilfsorgane (Art. 1 Abs. 1 LVG, Art. 4 LVG) Vertreter des öffentlichen Rechts, Beamte, Regierungskanzlei, Ortsvorsteher, Landweibel, andere Amtspersonen
Verwaltungshilfe/Amtshilfe (Art. 25 LVG)
Amtsverschwiegenheit (Art. 22 LVG) Verantwortlichkeit (Art. 19 LVG) Amtsmissbrauch (Art. 166 LVG)

Rechtsgrundlagen				
einfaches Verwaltungsverfahren → Tafel 3		Überprüfungsverfahren → Tafel 4	Verwaltungszwangsverfahren → Tafel 6	Verwaltungsstrafverfahren → Tafel 7
vorrangig: Spezialgesetze und Spezialverordnungen ¹				
allgemeine Bestimmungen: Art. 1–26 ² , Art. 166–169				
LVG	Hauptbestimmungen: Art. 27–47, Art. 48–53, ³ Art. 54–88	Hauptbestimmungen: Art. 89, Art. 90–103a, Art. 104–105, 106, 107, 108, 109	Hauptbestimmungen: Art. 110–118, Art. 119–130, Art. 131–135, Art. 136, Art. 137–138	Hauptbestimmungen: Art. 139–146, Art. 147–149, Art. 150–151, Art. 152–159, Art. 160–163, Art. 164–165
		ergänzend ⁴ Art. 27–47, Art. 48–53, Art. 54–88	ergänzend/sinngemäss ⁹ Art. 89, Art. 90–103a, Art. 104–105, 106, 107, 108, 109	Hauptbestimmungen des einfachen Verwaltungsverfahrens und Hauptbestimmungen des Rechtsmittel-/Rechtsbehelfsverfahrens grundsätzlich nicht ⁶ anwendbar; hier aber teilweise analog ⁷ ausgestaltete Bestimmungen und somit punktuell sinngemäss ⁸ anwendbar
			ergänzend/sinngemäss ⁵ Art. 27–47, Art. 48–53, Art. 54–88	
				ergänzend ¹⁰ Art. 119–130
	ergänzend/sinngemäss ¹¹ ZPO		ergänzend ¹² gerichtliche Sicherung oder Zwangsvollstreckung	ergänzend ¹³ StGB, StPO etc.

- ¹ Zum Beispiel Art. 27 Abs. 1 lit. a und b LVG; Art. 110 Abs. 2 LVG; Art. 136 Abs. 1 LVG; Art. 139 Abs. 1 LVG; Art. 164 Abs. 4 LVG.
- ² Art. 26 Abs. 1 LVG.
- ³ Art. 51 Abs. 1 LVG (für das Verwaltungsbotsverfahren gelten die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens mit Parteienverhandlung).
- ⁴ Art. 88a LVG (für das Überprüfungsverfahren gelten ergänzend aus dem einfachen Verwaltungsverfahren die Allgemeinen Bestimmungen und jene des Verwaltungsbotsverfahrens); Art. 27 Abs. 2 LVG (die Anwendbarkeit der Bestimmungen des einfachen Verwaltungsverfahrens im Verwaltungsgerichtshofverfahren verlangt besondere Vorschriften) i. V. m. Art. 101 Abs. 1 LVG (für das Verwaltungsgerichtshofverfahren gilt «sinngemäss» [ergänzend] qua genereller Verweisung das einfache Verwaltungsverfahren); Art. 103 LVG (für das Beschwerdeverfahren gelten ergänzend aus dem einfachen Verwaltungsverfahren die Allgemeinen Bestimmungen sowie jene des Verwaltungsverfahrens mit Parteienverhandlung).
- ⁵ Art. 27 Abs. 2 LVG (die Anwendbarkeit der Bestimmungen des einfachen Verwaltungsverfahrens im Verwaltungszwangsverfahren verlangt besondere Vorschriften) i. V. m. Art. 110 Abs. 3 LVG (generelle Verweisung auf das einfache Verwaltungsverfahren insgesamt) und Art. 115 Abs. 4 LVG (Verweisung auf die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens mit Parteienverhandlung).
- ⁶ Art. 29 Abs. 1 lit. b siebter Absatz LVG.
- ⁷ Analog zum einfachen Verwaltungsverfahren vgl. zum Beispiel Art. 147–149 LVG; Art. 158 Abs. 3 und 4 LVG. Analog zum Überprüfungsverfahren vgl. zum Beispiel Art. 148 Abs. 2 LVG; Art. 149 LVG; Art. 151 Abs. 2 LVG; Art. 161 Abs. 1 LVG.
- ⁸ Zum Beispiel Art. 163 Abs. 3 LVG (bei der Vorstellung).
- ⁹ Art. 27 Abs. 2 LVG (die Anwendbarkeit der Bestimmungen des einfachen Verwaltungsverfahrens im Verwaltungszwangsverfahren verlangt besondere Vorschriften) i. V. m. Art. 110 Abs. 3 LVG (generelle Verweisung auf das einfache Verwaltungsverfahren samt Überprüfungsverfahren): vgl. Art. 107 Abs. 1 LVG; Art. 114 Abs. 1, 3 und 5 LVG; Art. 115 Abs. 1 lit. a LVG; Art. 116 Abs. 1 LVG.
- ¹⁰ Art. 164 Abs. 4 LVG.
- ¹¹ Unter anderem Art. 1 Abs. 3a LVG; Art. 31 Abs. 4 LVG; Art. 32 Abs. 6 LVG; Art. 33 Abs. 6 LVG; Art. 34 Abs. 4 und 5 LVG; Art. 35 Abs. 4 LVG; Art. 38 LVG; Art. 42 Abs. 1 LVG; Art. 43 Abs. 1; Art. 46 Abs. 1 LVG; Art. 46a Abs. 1 LVG; Art. 51 Abs. 1 LVG; Art. 60 Abs. 2 LVG; Art. 63 Abs. 5 LVG; Art. 68 Abs. 1 LVG; Art. 72 Abs. 1 LVG; Art. 75 Abs. 1 LVG; Art. 103 LVG; Art. 104 Abs. 1 LVG
- ¹² Unter anderem Art. 110 Abs. 4 LVG; Art. 111 Abs. 4 und 7 LVG; Art. 114 Abs. 4 LVG; Art. 119 LVG; Art. 120 Abs. 1 und 7 LVG; Art. 121 Abs. 4 LVG; Art. 122 Abs. 1 LVG; Art. 123 Abs. 1 LVG.
- ¹³ Unter anderem Art. 139 Abs. 2 LVG; Art. 145 Abs. 5 LVG; Art. 154 Abs. 1 LVG; Art. 155 Abs. 1 LVG; Art. 156 Abs. 1 und 2 LVG; Art. 157 Abs. 1 LVG; Art. 159 Abs. 1 LVG; Art. 160 Abs. 5 LVG; Art. 162 Abs. 1 LVG; Art. 163 Abs. 1 LVG; Art. 164 Abs. 4 LVG.

TAFEL 3

Einfaches Verwaltungsverfahren (Art. 27–88 LVG)

Allgemeine Bestimmungen (Art. 27–47 LVG) → Tafel 3.1				
Verwaltungsbotsverfahren (Art. 48–53 LVG) ohne Parteienverhandlung → Tafel 3.2		Verwaltungsverfahren (Art. 54–88 LVG) mit Parteienverhandlung → Tafel 3.3		
allgemeines Verwaltungsbots (Art. 48–51 LVG)		besonderes Verwaltungsbots (Art. 52–53 LVG)		Ermittlungsverfahren (Instruktionsverfahren) (Art. 54–77 LVG)
(allgemeines) Verwaltungsbots	vorläufiges Verwaltungsbots (Art. 48 Abs. 3 LVG)	sofort vollstreckbares Verwaltungsbots (Art. 52 Abs. 1 lit. a und Abs. 7 LVG)	provisorisches, gefahrenpolizeiliches Verwaltungsbots (Art. 52 Abs. 1 lit. b und Abs. 2–7 LVG)	Schlussverfahren (Art. 78–88a LVG)
				Überprüfungsverfahren → Tafel 4

TAFEL 3.1 Einfaches Verwaltungsverfahren (Art. 27–88 LVG)

Allgemeine Bestimmungen

Allgemeine Bestimmungen (Art. 27–47 LVG)		
unter anderem:		
Anwendbarkeit , Nichtanwendbarkeit (Art. 27–30 LVG)	Verschiedenes (Art. 46 LVG):	Hemmung von Rechtsmittelfristen (Art. 46a LVG, vgl. Art. 160a LVG)
Verfahrenseinleitung (Art. 47 LVG)		
Parteien und Vertreter, Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit (Art. 31–34 LVG)	- Verlegung von Terminen und Erstreckung von Fristen - Akteneinsicht - parteiseitiger Verzicht auf Schutz von Rechten und Interessen - fehlerhafte Bezeichnung - schriftliche Eingabe verlangen	Kosten : Kostentragung, Kostenersatz, Geltendmachung (Art. 35–42 LVG)
Sicherheitsleistung und Verfahrenshilfe (Art. 43 LVG)	Zustellungen und Kundmachung (Art. 44–45 LVG)	
		Gebühren (Art. 169 LVG)

TAFEL 3.2 Einfaches Verwaltungsverfahren (Art. 27–88 LVG)

Verwaltungsbotsverfahren

Verwaltungsbotsverfahren ohne Parteienverhandlung (Art. 48–53 LVG) Verwaltungsbots = Verfügung oder Entscheidung (Art. 86 Abs. 3 LVG)			
allgemeines Verwaltungsbots Zulässigkeit (Art. 48 LVG) (Art. 48–51 LVG) Ausfertigung (Art. 49 LVG)		besonderes Verwaltungsbots Ausfertigung (Art. 53 LVG) (Art. 52–53 LVG) keine aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln (Art. 116 Abs. 7 LVG, Art. 52 LVG, Art. 67 LVG)	
(allgemeines) Verwaltungsbots	vorläufiges Verwaltungsbots (Art. 48 Abs. 3 LVG)	sofort vollstreckbares Verwaltungsbots (Art. 52 Abs. 1 lit. a und Abs. 7 LVG, Art. 67 Abs. 6 LVG)	provisorisches, gefahrenpolizeiliches Verwaltungsbots (Art. 52 Abs. 1 lit. b und Abs. 2–7 LVG)
Einspruch (Art. 50 Abs. 1–6 und 8–9 LVG) → Tafel 4.3 Beschwerde (Art. 50 Abs. 3–5 und 8–9 LVG); bei Kurzausfertigung nur Beschwerde (Art. 49 Abs. 3 LVG und Art. 50 Abs. 3 LVG i. V. m. Art. 48 Abs. 1 lit. a LVG) → Tafel 5 Wiederherstellung (Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme/Revision) (Art. 51 Abs. 3 LVG) → Tafel 4.3 andere Rechtsmittel/ Rechtsbehelfe: Vorstel- lung, Nachsichtsgesuch etc. (Art. 50 Abs. 5–6 LVG, Art. 52 Abs. 2 zweiter Satz LVG) → Tafel 4.2	≠ Sicherungsverfahren (Art. 120 LVG) → Tafel 6.2 vor oder während Ermittlungsverfahren (Art. 48 Abs. 3 LVG, Art. 73 Abs. 3 LVG) nur Beschwerde (Art. 49 Abs. 2 LVG, Art. 50 Abs. 7 LVG) → Tafel 5 Wiederherstellung (Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme/Revision) (Art. 51 Abs. 3 LVG) → Tafel 4.3 gegebenenfalls Einleitung Ermittlungsverfah- ren (Art. 73 Abs. 3 LVG, Art. 49 Abs. 2 LVG) Zum Verwaltungszwangsbots → Tafel 6.1 Zum Verwaltungsstrafbots → Tafel 7.2	aufgrund Gesetz oder Verordnung (Art. 52 Abs. 1 lit. a LVG) Rechtsmittel/Rechtsbehelfe wie bei Verwal- tungszwangsverfahren (Art. 52 Abs. 7 LVG, Art. 53 Abs. 1 lit. f LVG, Art. 114–116 LVG) → Tafel 6.1	zur Abwendung von Gemeingefahren für Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum (Art. 52 Abs. 1 lit. b LVG) Beschwerde gegen Gewaltanwendung (Art. 52 Abs. 7 LVG, Art. 132 LVG) → Tafel 6.2 Einleitung Ermittlungsverfahren oder Ermitt- lung im kurzen Wege (Art. 52 Abs. 2 und 7 LVG, Art. 53 Abs. 1 lit. f LVG, Art. 73 Abs. 3 LVG, Art. 55 Abs. 3 LVG, Art. 57 Abs. 4 LVG, Art. 54 Abs. 4 LVG – hiergegen dann Überprü- fungsverfahren → Tafel 4, insbesondere Einspruch und Beschwerde) sowie allenfalls Einleitung Verwaltungsstrafverfahren bzw. strafgerichtliches Verfahren (Art. 52 Abs. 2 LVG) Zum Verwaltungszwangsbots (Art. 53 Abs. 3 LVG) → Tafel 6.1

TAFEL 3.3 Einfaches Verwaltungsverfahren (Art. 27–88 LVG)

Verwaltungsverfahren

Verwaltungsverfahren auf Erlass einer Verfügung oder Entscheidung
(Art. 54–88 LVG) mit Parteienverhandlung

Ermittlungsverfahren (Instruktionsverfahren) (Art. 54–77 LVG)	Schlussverfahren (Art. 78–88a LVG)	Überprüfungsverfahren → Tafel 4
unter anderem: Zweck und Verhandlungsleiter (Art. 54 LVG) Prozessökonomie (Art. 55 LVG, vgl. Art. 56 LVG) Prozessleitung und Prozessbetrieb (Art. 56–57, 59 ff. und 73 ff. LVG): u. a. Verhandlung, Verhandlungsort und -zeit, Ladungen, Säumnis, Zeugen und Sachverständige, Vergleichsversuch, vorbereitende Schriftsätze, Vor- und Zwischenstreite, Unterbrechung, Protokollierung Prozessstoff (Art. 58 LVG) Beweisaufnahme (Art. 65 ff. LVG): Teilnahme der Parteien, Auskunft, Vorweisung, Besichtigung, Durchsuchung, Auskunfts-, Zeugnis- und Begutachtungspflichten, Vernehmung, unwahre und unrichtige Angaben Parteiengehör (Art. 64 LVG)	unter anderem: Verhandlung (Art. 78 LVG): u. a. neue Tatsachen und Beweise, reformatorsche Befugnis Beweiswürdigung (Art. 79 LVG) Arten von Verwaltungserledigungen (Art. 86 LVG) - Schreiben aller Art: Belehrung, Absichtsäußerung, ... (Art. 86 Abs. 1 lit. a LVG) - obrigkeitlicher Verwaltungsakt: Verfügung (Art. 86 Abs. 2 lit. a LVG) oder Entscheidung (Art. 86 Abs. 2 lit. b LVG) Verfügung oder Entscheidung: - Grundsätze (Art. 80 LVG): u. a. Vollständigkeit - Schranken (Art. 81 LVG): u. a. rechtliches Gehör, Legalitätsprinzip, Ermessensausübung - Ausfertigung (Art. 82 LVG): u. a. Gliederung (Art. 83 Abs. 1–2 LVG), Rechtsmittelbelehrung (Art. 85 LVG) - Inhalt (Art. 83 LVG): u. a. Begründung, Beweiswürdigung, Neuerungen im Sachverhalt - Richtigstellung und Ergänzung (Art. 84 LVG) - Verbindlichkeit/Rechtskraft (Art. 87 LVG, Art. 84 Abs. 3 LVG)	

TAFEL 4 Überprüfungsverfahren

Im einfachen Verwaltungsverfahren			
Rechtsbehelfe → Tafel 4.1	Rechtsmittel/Rechtsbehelfe → Tafel 4.2	Rechtsmittel → Tafel 4.3	Besondere Aussprüche → Tafel 4.4
Anzeige (Art. 90 Abs. 3 LVG, Art. 109 Abs. 3, 4 LVG) sonstiges Gesuch	Vorstellung Aufsichtsbeschwerde Nachsichtsgesuch	ordentliche Einspruch /Einsprache Verwaltungsbeschwerde/ Beschwerde (Rekurs) (Art. 90–103a LVG) → Tafel 5 ausserordentliche «Wiederherstellung» (Art. 104–105 LVG) Wiedereinsetzung Wiederaufnahme /Revision Erläuterung (Art. 108 LVG)	Nichtigerklärung (Kassation) (Art. 106 LVG) Einstellung (Sistierung) (Art. 107 LVG)
Im Verwaltungszwangsverfahren → Tafel 6			
Im Verwaltungsstrafverfahren → Tafel 7			

TAFEL 4.1 Überprüfungsverfahren

Rechtsbehelfe

Rechtsbehelfe	
Anzeige (Art. 90 Abs. 3 LVG, Art. 109 Abs. 3, 4 LVG)	sonstiges Gesuch
ausserhalb eines Beschwerdeverfahrens (Art. 109 Abs. 3 LVG) «wegen Verletzung oder Ausserachtlassung wesentlicher Vorschriften oder öffentlicher Interessen» (Art. 109 Abs. 3 LVG) je nach Grund und Zweck derselben sind die Bestimmungen über die Aufsichtsbeschwerde (Art. 23 LVG, Art. 136 LVG), über die Einstellung (Art. 107 LVG), über die Nichtigerklärung (Art. 106 LVG) oder über die Wiederaufnahme (Art. 104–105 LVG) anzuwenden (Art. 109 Abs. 3 LVG) Erledigung: Begründungspflicht (Art. 109 Abs. 4 LVG)	zum Beispiel Gesuch um Aufschub (vgl. Art. 89 Abs. 5 LVG)

TAFEL 4.2 Überprüfungsverfahren

Rechtsmittel/Rechtsbehelfe

Rechtsmittel/Rechtsbehelfe		
Vorstellung (Remonstration) (Art. 89 LVG)	Aufsichtsbeschwerde	Nachsichtsgesuch (Art. 89 Abs. 5 LVG, Art. 109 Abs. 1, 2, 4 LVG)
gegen Verwaltungsbot, Verfügung, Entscheidung (Art. 89 Abs. 1 LVG) auf Abänderung oder Rücknahme (Art. 89 Abs. 1 LVG) Gründe: Fehlerhaftigkeit, Gesetzeswidrigkeit, nicht (ausreichender) Berücksichtigung der Umstände (Art. 89 Abs. 1 LVG) aufschiebende Wirkung (Art. 116 Abs. 1 LVG) unselbständige Vorstellung (innerhalb Beschwerdefrist) (vgl. Art. 89 Abs. 1 und 3 LVG) Kumulierbarkeit: Einspruch, Beschwerde, Aufsichtsbeschwerde, Nachsichtsgesuch, sonstiges Gesuch und andere mehr (Art. 89 Abs. 1 und 5 LVG) selbständige Vorstellung (nach Beschwerdefrist = Wiedererwägung) (vgl. Art. 89 Abs. 1 und 2 LVG) Gegenvorstellung (Art. 89 Abs. 7 LVG)	a) gegen Amtsperson oder Vollstreckungsorgane bei Regierung einzubringen (Art. 23 Abs. 1 und 4 LVG – anschliessende Beschwerdemöglichkeit); gegen Regierung/Regierungsmitglied beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen (Art. 23 Abs. 1 LVG) Gründe: «wegen Nichtbefolgung oder unrichtiger Vollziehung [...] der aufgetragenen Amtshandlungen» (Art. 23 Abs. 4 LVG) «wegen ungebührlichen Benehmens bei der Ausübung von Amtshandlungen» (Art. 23 Abs. 1 LVG) «wegen Verweigerung oder Verzögerung einer Verwaltungshandlung» (Art. 23 Abs. 1 LVG) (demgegenüber zur Säumnisbeschwerde → Tafel 5) - unabhängig von sonstiger Beschwerdemöglichkeit und Erschöpfung des Instanzenzuges (Art. 23 Abs. 2 LVG) Beschwerdefrist: 14 Tage, falls gegen einen Verwaltungsakt gerichtet (Art. 23 Abs. 5 LVG) keine, falls gegen Untätigkeit gerichtet (Art. 23 Abs. 2 und 5 LVG) Mitteilung an betroffene Behörde und Aufforderung zur Behebung (Art. 23 Abs. 3 LVG) Erledigung mit begründeter Aufsichtsverfügung/Aufsichtsentscheidung (Art. 23 Abs. 6 LVG) b) gegen Gemeinde und andere öffentlich-rechtliche Körperschaft oder Anstalt (Art. 136 LVG) → Tafel 6.2 Aufsichts- und Zwangsmittel (Art. 136 Abs. 2 LVG) Verhältnismässigkeit (Art. 136 Abs. 3 LVG) Beschwerde (Art. 136 Abs. 4 LVG)	Gesuch «um eine der Billigkeit entsprechende gänzliche oder teilweise Nachsicht der Folgen einer Entscheidung oder Verfügung» (Art. 109 Abs. 1 LVG) ist keine Anfechtung (Art. 109 Abs. 1 LVG) Kumulierbarkeit: Vorstellung, Beschwerde (Art. 109 Abs. 2 LVG, Art. 89 Abs. 5 LVG, Art. 90 Abs. 3 LVG) Erledigung: Begründungspflicht (Art. 109 Abs. 4 LVG) separat durch Regierung oder zusammen mit Entscheid über die damit verbundene Beschwerde (Art. 109 Abs. 2 LVG)

TAFEL 4.3 Überprüfungsverfahren

Rechtsmittel

Rechtsmittel				
ordentliche		ausserordentliche		
Einspruch/Einsprache	(Verwaltungs-)Beschwerde (Rekurs) (Art. 90–103a LVG)	«Wiederherstellung» (Art. 104–105 LVG)		Erläuterung (Art. 108 LVG)
		Wiedereinsetzung	Wiederaufnahme/Revision	
wegen Unterlassung	→ Tafel 5	aufschiebende Wirkung zuerkennbar (Art. 104 Abs. 7 LVG)		mündliches oder schriftliches, genau bestimmtes Gesuch um Erläuterung (Art. 108 Abs. 1 und 3 LVG)
a) bei Verwaltungsbot gegen Entfallen einer vorgängigen Parteienverhandlung (Art. 50 LVG) → Tafel 3.2		auf Antrag hin	auf Antrag hin (Art. 104 Abs. 1–6 LVG, Art. 51 Abs. 3 LVG) oder von Amts wegen (Art. 105 LVG, Art. 108 Abs. 7 LVG)	falls Spruch eines rechtskräftigen (Art. 108 Abs. 2 LVG) Verwaltungsakts «dunkel, zweideutig oder in sich widersprechend» (Art. 108 Abs. 1 LVG)
Einspruch als Beschwerde behandeln (Art. 50 Abs. 3 und 4 LVG)		wegen Versäumung einer Prozesshandlung (Art. 104 Abs. 1 und 4–6 LVG, Art. 51 Abs. 3 LVG)	bei durch Entscheidung oder Verfügung abgeschlossenem Verfahren	bei erlassender Amtsstelle einzubringen (Art. 108 Abs. 1 und 5 LVG)
Rechtsmittel/Rechtsbehelf als Einspruch behandeln (Art. 50 Abs. 5 LVG)				allfällige Gegenäusserung Dritter (Art. 108 Abs. 4 LVG)
b) bei Ermittlungsverfahren wegen Unterlassung einer Vorladung (Art. 55 Abs. 3 LVG)				
Dritteinspruch (Art. 50 Abs. 9 LVG)				
analog beim Verwaltungsstrafbot (Art. 149 LVG) → Tafel 7.2				

TAFEL 4.4 Überprüfungsverfahren

Besondere Aussprüche

Besondere Aussprüche	
Nichtigerklärung (Kassation) (Art. 106 LVG)	Einstellung (Sistierung) (Art. 107 LVG)
Verständigung und rechtliches Gehör (Art. 106 Abs. 6 LVG) a) durch Verwaltungsgerichtshof bei nichtigem oder anfechtbarem Verwaltungsakt (Art. 106 Abs. 1 LVG) im Beschwerdeverfahren oder im Wiederaufnahmeverfahren (Art. 106 Abs. 1 LVG) aufgrund Anzeige, Aufsichtsbeschwerde, amtlicher Kenntnis (Art. 106 Abs. 1 LVG) oder Erläuterungsgesuch (Art. 108 Abs. 7 LVG) Gründe: erhebliche Verletzung zwingender öffentlicher Rechte oder Interessen allgemein oder unter Umständen einer Partei, sachliche oder örtliche Unzuständigkeit, tatsächliche oder rechtliche Unmöglichkeit, vollständiges Fehlen der Voraussetzungen für Erlass des Verwaltungsaktes, Ermessen krass überschritten oder missbraucht, Erschleichung durch falsche Angaben (Art. 106 Abs. 1 lit. a–d und Abs. 2 LVG) gänzliche oder teilweise Nichtigerklärung (Art. 106 Abs. 3 lit. a LVG) Zurückverweisung an Unterinstanz (Art. 106 Abs. 3 lit. b, Abs. 4 und Abs. 7 LVG) b) mutatis mutandis Vorgehen bei Regierung (Art. 106 Abs. 5 LVG)	a) durch Verwaltungsgerichtshof oder Regierung (Art. 107 Abs. 1 LVG) im einfachen Verwaltungsverfahren und Verwaltungszwangsverfahren (Art. 107 Abs. 1 LVG) aufgrund Beschwerde, Aufsichtsbeschwerde, Anzeige, amtlicher Kenntnis (Art. 107 Abs. 1 LVG) Einstellungsverfügung (Art. 107 Abs. 1 LVG) auf vorläufige Unterlassung der Herausgabe bzw. des Vollzugs (Art. 107 Abs. 1 lit. a–b LVG) eines Verwaltungsakts Gründe: Vermeidung rechts- und zweckwidriger Verletzungen von öffentlichen Rechten oder Interessen oder von «von amtswegen zu berücksichtigenden persönlichen Rechte oder Interessen einer Partei» (Art. 107 Abs. 2 LVG) zusätzlich Anordnung zum betreffenden Verwaltungsakt (Art. 107 Abs. 3 LVG) b) durch Amtsstelle aufgrund Erläuterungsgesuch (Art. 108 Abs. 6 LVG) auf vorläufige Unterlassung des Vollzugs (Art. 108 Abs. 6 LVG)

TAFEL 5 (Verwaltungs-)Beschwerde (Art. 90–103a LVG)

hauptsächliches, **standardmässiges Rechtsmittel** (Art. 90 Abs. 1, 2, 4 und 9 LVG) und Rechtsmittelverfahren (Art. 103a LVG)

gegen alle enderledigenden Verwaltungsakte und gegen alle im einfachen Verwaltungsverfahren sowie im Verwaltungszwangsverfahren ergangenen, anfechtbaren Verwaltungsbote, Verfügungen, Entscheidungen (Art. 90 Abs. 1 LVG)

insbesondere bei Kurzausfertigung (Art. 49 Abs. 3 LVG)

nicht gegen prozessleitende Verfügungen (Art. 90 Abs. 5 LVG)

Beschwerdefrist: 14 Tage (Art. 91 Abs. 1 LVG)

Beschwerdeeinlegung (Art. 93 Abs. 1 und 4 LVG)

Aufschiebende Wirkung (Art. 100 Abs. 1 LVG, Art. 116 LVG, Art. 88 LVG)

Neue Tatsachen und Beweise (Art. 99 LVG)

Beschwerdeberechtigte: «jeder, der sich in seinen Rechten oder rechtlich anerkannten oder von der Verwaltungsbehörde zu schützenden Interessen unmittelbar als beschwert (verletzt oder benachteiligt) betrachtet, er mag am Verfahren vor erster Instanz beteiligt gewesen sein oder nicht» sowie Selbstverwaltungskörper (Art. 92 Abs. 1 und 2 LVG); Drittbeschwerde (Art. 50 Abs. 9 LVG)

Beschwerdegrund: Rechts- oder Interessenbeschwerde (Art. 90 Abs. 6 LVG)

Beschwerdeantrag: abändern oder aufheben (Art. 90 Abs. 8 LVG)

Beschwerdeinhalt (Art. 93 Abs. 2 und 3 LVG)

Kumulierbarkeit: Vorstellung, Nachsichtsgesuch, Anzeige und andere mehr (Art. 90 Abs. 3 LVG, Art. 109 Abs. 2 LVG)

als Vorstellung behandeln (Art. 89 Abs. 4 LVG)

als Anzeige im Bereich der Aufsicht behandeln (Art. 96 Abs. 6 LVG)

Behebung von Mängeln (Art. 96 Abs. 2 LVG)

Zurückweisung aus formellen Gründen (Art. 96 Abs. 1, 3, 4 und 5 LVG)

Gegenerklärung oder Beschwerdebeantwortung (Art. 94 Abs. 1 und 2 LVG)

Drittbeschwerde (Art. 50 Abs. 9 LVG)

Amtsbeschwerde (Art. 92 Abs. 3 LVG)

Anschlussbeschwerde (Art. 94 Abs. 4 LVG)

Säumnisbeschwerde (Art. 90 Abs. 6a LVG) (demgegenüber zur Aufsichtsbeschwerde wegen Verweigerung oder Verzögerung einer Verwaltungshandlung → Tafel 4.2)

Kognition des **Verwaltungsgerichtshofs** (Art. 100 Abs. 2, 4 und 5 LVG)

Verfahrensergänzung (Art. 97 LVG, Art. 100 Abs. 3 LVG)

Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (Art. 101 LVG, Art. 78 ff. LVG)

Aufhebung infolge wesentlichen Verfahrensmangels oder Aktenwidrigkeit (Art. 98 LVG)

Reformatio in peius/in melius (Art. 102 LVG)

TAFEL 6.1 Verwaltungszwangsverfahren (Art. 110–138 LVG)

Allgemeine Bestimmungen

- zwangsweise Durchsetzung (Abs. 110 Abs. 1 LVG)
- nach vorgängiger Androhung (Abs. 113 Abs. 2 und 3 LVG)
- aufgrund eines vollstreckbaren Verwaltungsaktes (Abs. 110 Abs. 1 LVG)

Allgemeine Bestimmungen

(Art. 110–118 LVG)

unter anderem:

Anwendung (Art. 110 LVG)

Zwangsbehörden versus Zwangsorgane
(Art. 111 Abs. 1–3 LVG)

Verhältnismässigkeit (Art. 112)

Vorgängige Androhung (Art. 113)

Verwaltungszwangsbot (Art. 113 Abs. 2 LVG)

nur Beschwerde (Art. 53 Abs. 3 LVG,
Art. 114 Abs. 3 LVG)

Anfechtung von Zwangsverfügungen oder Entscheidungen
(Art. 114 LVG)

Beschwerde

Wiederaufnahme

Aufsichtsbeschwerde

weitere Rechtsmittel/Rechtsbehelfe (qua Verweisung
Art. 110 Abs. 3 LVG) → Tafel 4

unter Umständen privatrechtliche Rechtsmittel und
Rechtsbehelfe bei gerichtlichem Sicherungs- oder
Zwangsvollstreckungsverfahren

Aufschub des Verwaltungszwanges bzw. aufschiebende
Wirkung (Art. 116 LVG)

Zwangsstrafe (Art. 117 LVG)

Androhung und Verhängung einer Geldstrafe (bzw. ersatzweise
Haft) als Ungehorsamsstrafe vorgängig zu anderen Zwangsmass-
nahmen

**Verwaltungs-
zwangsvollstreckung**

(Art. 119–130 LVG)

→ Tafel 6.2

**unmittelbarer
Verwaltungszwang**

(Art. 131–135 LVG)

→ Tafel 6.2

**Aufsichts- und Zwangs-
massnahmen gegen
Selbstverwaltungskörper**

(Art. 136 LVG)

→ Tafel 6.2

**Landsnöte und
Landsrettung**

(Art. 137 LVG)

Friedensbot

(Art. 138 LVG)

TAFEL 6.2 Verwaltungszwangsverfahren (Art. 119–138 LVG)

Besondere Bestimmungen

Verwaltungszwangsvollstreckung (Art. 119–130 LVG)	unmittelbarer Verwaltungszwang (Art. 131–135 LVG)	Aufsichts- und Zwangsmassnahmen gegen Selbstverwaltungskörper (Art. 136 LVG)
a) Sicherungsverfahren (Art. 120 LVG) zur Sicherstellung der künftigen Zwangsvollstreckung b) Zwangsbeitreibungsverfahren bei Geldleistungen (Art. 121–123 LVG) Staat gegen Private, Private gegen Staat (Art. 123 LVG, Art. 124 Abs. 2 LVG) c) Vollstreckung bei sonstigen persönlichen Leistungen (Art. 124–130 LVG) Handlungen, Duldungen, Unterlassungen bei vertretbaren Leistungen Ersatzvornahme (Art. 125 LVG) bei nicht vertretbaren Leistungen allgemein (Art. 126 LVG) Ungehorsamsstrafe Fiktion einfache Gewaltanwendung (Art. 127) gegen Personen: Gewaltmassnahmen (Art. 128 LVG) gegen Sachen: Zwangsverwaltung (Art. 129 LVG) oder Gewaltmittel (Art. 130 LVG) Zur Verwaltungsstrafvollstreckung → Tafel 7	sofortige Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen aufgrund von Rechtfertigungsgründen wie Gesetz, polizeiliche Generalklausel etc. (Art. 131 Abs. 1 LVG) ohne vorgängige Androhung ohne Bestehen eines (vollstreckbaren) Verwaltungsaktes Subsidiarität (Art. 131 Abs. 2 LVG) Verhältnismässigkeit (Art. 131 Abs. 3 LVG) anordnende Behörde versus ausführende Organe (Art. 132 Abs. 1–4 LVG) einzelne Gewaltmittel wie bei einfacher Gewaltanwendung (Art. 131 Abs. 6 LVG i. V. m. Art. 127–130 LVG) Eindringen (Art. 134 LVG) Beschwerde (Art. 132 Abs. 6–7 LVG)	gegen Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Anstalten Aufsichts- und Zwangsmittel (Art. 136 Abs. 2 LVG) Verhältnismässigkeit (Art. 136 Abs. 3 LVG) Beschwerde (Art. 136 Abs. 4 LVG)
		Landsnöte und Landsrettung (Art. 137 LVG)
		Friedensbot (Art. 138 LVG)

TAFEL 7.1 **Verwaltungsstrafverfahren I** (Art. 139–165 LVG)

Ergänzungen des materiellen Verwaltungsstrafrechts (Art. 139–146 LVG)	Verwaltungsstrafvollstreckung (Art. 164–165 LVG)
Allgemeines (Art. 139–140 LVG) Bedingte Bestrafung (Art. 141–142 LVG) Bedingte Entlassung (Art. 143 LVG) Rehabilitation (Art. 144 LVG) Unbedingte Strafnachsicht (Art. 145 LVG) Strafniederschlagung (Art. 145 LVG) Jugendliche (Art. 145 LVG) Gnadenweiser Nachlass (Art. 145 LVG) Verwarnung (Art. 146 LVG) Strafregister (Art. 167 LVG)	paralleles gerichtliches Strafverfahren (Art. 164 Abs. 2 und 3 LVG) Verweisung auf Verwaltungszwangsvollstreckung (Art. 164 Abs. 4 LVG) → Tafel 6.2 Beschwerde (Art. 165 Abs. 8 LVG)

TAFEL 7.2 Verwaltungsstrafverfahren II (Art. 139–165 LVG)

Verwaltungsstrafbot (Art. 147–149 LVG)	Unterwerfungsverfahren (Art. 150–151 LVG)	Strafverfahren (Art. 152–163 LVG)	
ohne vorangehendes Verwaltungsstrafverfahren Einspruch (Art. 149 LVG) Wiedereinsetzung (Art. 149 Abs. 4 und 5 LVG) Vorstellung (Art. 148 Abs. 2 LVG) Beschwerde (Art. 148 Abs. 2 LVG)	vorbehaltloses Geständnis des Beschuldigten Verzicht auf Verwaltungsstrafentscheid/-strafbot Wiederaufnahme (Art. 150 Abs. 6 LVG)	Erstinstanzliches Verfahren (Art. 152–159 LVG)	Rechtsmittelverfahren (Art. 160–163 LVG)
		unter anderem: Zuständigkeit (Art. 152 LVG) Einziehungsbeteiligter und Vertretungspflichtiger (Art. 153 LVG, Art. 165 LVG) Durchführung der Untersuchung (Art. 154–157): u. a. Beschlagnahme (Art. 155 LVG), Durchsuchung (Art. 156 LVG), vorläufige Festnahme/Verwahrung und Untersuchungshaft (Art. 157 LVG) Verwaltungsstrafentscheid (Art. 158–159 LVG)	Hemmung von Rechtsmittelfristen (Art. 160a LVG) (unselbständige) Vorstellung (Art. 161 LVG) Beschwerde (Art. 160–162 LVG) Wiederaufnahme (Art. 163)



ANHANG

DIE GLIEDERUNG DES LVG



I. Hauptstück:

Von den Verwaltungsbehörden, ihren Hilfsorganen und dem Verwaltungsgerichtshof

I. Abschnitt: Organisation

- Art. 1: Regierung und Verwaltungsgerichtshof
- Art. 2: Instanzenverhältnis und dessen Einhaltung
- Art. 3: Richterliche Unabhängigkeit
- Art. 4: Hilfsorgane – Vertreter des öffentlichen Rechts
- Art. 5: Kanzlei der Regierung und des Verwaltungsgerichtshofes

II. Abschnitt: Ausstand (Art. 82 und 103 der Verfassung)

- Art. 6: Ausschluss in Verwaltungssachen
- Art. 7: Ablehnung in Verwaltungssachen

Ausschluss und Ablehnung in Verwaltungsstrafsachen

- Art. 8: Ausschluss
- Art. 9: Ausschluss beim Verwaltungsgerichtshof
in Verwaltungsstrafsachen
- Art. 10: Ablehnung in Verwaltungsstrafsachen

Ausschluss- und Ablehnungsverfahren

- Art. 11: Im Allgemeinen
- Art. 12: Geltendmachung der Ablehnung durch
die Beteiligten. Ersatzbestellung
- Art. 13: Kostenersatzpflicht [aufgehoben]
- Art. 14: Ausschluss und Ablehnung anderer Verwaltungsorgane
- Art. 15: Ausschluss des Vertreters des öffentlichen Rechts

III. Abschnitt: Geschäftsführung

- Art. 16: Einberufung und Vertretung der Behörden
und Sitzungen
- Art. 17: Vollzähligkeit, Beratung und Beschlussfassung.
Aktenzirkulation

IV. Abschnitt: Verschiedene Bestimmungen

- Art. 18: Amtszwang und Amtseid
- Art. 19: Verantwortlichkeit
- Art. 20: [aufgehoben]
- Art. 21: Berichterstattung
- Art. 22: Verbot des Berichtens
- Art. 23: Aufsichtsbeschwerden

Zuständigkeit und Verwaltungshilfe

- Art. 24: Zuständigkeit
- Art. 25: Verwaltungshilfe
- Art. 26: Geltungsbereich

II. Hauptstück: Das einfache Verwaltungsverfahren

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

A. Anwendbarkeit

- Art. 27: Allgemeine Zuständigkeitsvorschrift
- Art. 28: Öffentlich-rechtliche Lasten und Forderungen
- Art. 29: Ausgenommene Verwaltungsangelegenheiten
- Art. 30: Gemeindeverwaltungssachen

B. Parteien und deren Vertreter und Fürsprecher

- Art. 31: Parteien
- Art. 32: Bevollmächtigte und Fürsprecher
- Art. 33: Verwaltungsvollmachten
- Art. 34: Zulassung zur Teilnahme am Verfahren

C. Kosten im Verwaltungsverfahren

- Art. 35: Grundsätze für die Kostenersatzpflicht
- Art. 36: Ersatzbestimmung für die Entscheidung über die Kostenfrage. Solidarhaftung
- Art. 37: Kosten der Parteien, Bevollmächtigten und Fürsprecher
- Art. 38: Gebühren der Zeugen und Sachverständigen
- Art. 39: Kosten des Kurators
- Art. 40: Zeitpunkt der Klarstellung des Kostenersatzanspruches
- Art. 41: Kostenaufgabe im Rechtsmittelverfahren
- Art. 42: Ergänzende Bestimmungen. - Höhe des Kostenersatzes

D. Verwaltungsvertröstung und Armenrecht

- Art. 43

E. Zustellungen und Aufgebotsverfahren

- Art. 44: Zustellungen. (Persönliche Verständigung)
- Art. 45: Aufgebotsverfahren

F. Verschiedenes

- Art. 46
- Art. 46a: Hemmung von Rechtsmittelfristen

G. Verfahrenseinleitung

- Art. 47

II. Abschnitt: Das Verwaltungsbotsverfahren (Entscheidung oder Verfügung ohne förmliche Parteienverhandlung)

A. Das allgemeine Verwaltungsbotsverfahren

- Art. 48: Zulässigkeit
- Art. 49: Ausfertigung des Verwaltungsbots
- Art. 50: Einspruch. Beschwerde
- Art. 51: Ergänzende Bestimmungen

B. Sofort vollstreckbare Verwaltungsbote und provisorische Verwaltungsbote in Sachen der Gefahrenpolizei

- Art. 52: Anwendung
- Art. 53: Ausfertigung

III. Abschnitt: Entscheidungen oder Verfügungen nach vorgängiger Parteienverhandlung

A. Das Ermittlungsverfahren (Instruktionsverfahren)

- Art. 54: Zweck. Verhandlungsleiter
- Art. 55: Offenheit, Raschheit und Billigkeit
- Art. 56: Verhandlungsort und Verhandlungszeit
- Art. 57: Prozessbetrieb und Gang des Ermittlungsverfahrens
- Art. 58: Beschaffung des Prozessstoffes
- Art. 59: Vorladung der Parteien, Zeugen und Sachverständigen
- Art. 60: Vorbereitende Parteienerklärung
- Art. 61: Verspätetes Erscheinen zur Verhandlung
- Art. 62: Vortrag des Verhandlungsgegenstandes
- Art. 63: Vergleichsversuch
- Art. 64: Parteiengehör
- Art. 65: Beweisaufnahme in Verbindung mit der Parteienverhandlung und abgesonderte Beweisaufnahme
- Art. 66: Teilnahme der Parteien an der Beweisaufnahme. Parteienöffentlichkeit der Beweismittel

- Art. 67: Auskunftspflicht in Sachen der Gefahrenpolizei. Vorweisung von beweglichen Gegenständen, Besichtigung und Durchsuchung von Wohnungen und anderweitigen Räumen und Grundstücken
- Art. 68: Allgemeine Auskunfts-, Zeugnis- und Begutachtungspflicht
- Art. 69: Vernehmung von Parteien, Zeugen und Sachverständigen
- Art. 70: Grundloses Ausbleiben von Parteien, Zeugen oder Sachverständigen
- Art. 71: Grundlose Verweigerung von Auskünften, Zeugenaussagen und Gutachten. Wissentlich unwahre oder unrichtige Angaben
- Art. 72: Ergänzende Beweisvorschriften
- Art. 73: Unstatthaftigkeit besonderer Vor- und Zwischenstreite
- Art. 74: Unterbrechung des Verfahrens wegen Vorfragen und Zwischenfragen
- Art. 75: Protokollierung der Verhandlung und Beweisaufnahme
- Art. 76: Schluss des Ermittlungsverfahrens
- Art. 77: Entscheidung oder Verfügung durch den Regierungschef, seinen Stellvertreter oder den Verhandlungsleiter

B. Das Schlussverfahren

- Art. 78: Gang der Verhandlung
- Art. 79: Beweiswürdigung
- Art. 80: Grundsätze für die Entscheidung
- Art. 81: Schranken für die Entscheidung
- Art. 82: Schriftliche Ausfertigung
- Art. 83: Nähere Bestimmungen über den Entscheidungsinhalt
- Art. 84: Richtigstellung und Ergänzung der Entscheidung
- Art. 85: Rechtsmittelbelehrung
- Art. 86: Unterscheidung der Verwaltungserledigungen
- Art. 87: Verbindlichkeit, Unabänderlichkeit und Unbestreitbarkeit von Verfügungen (Verwaltungsboten) und Entscheidungen
- Art. 88: Ergänzende Vorschriften
- Art. 88a: Verweisung

IV. Abschnitt: Das Überprüfungsverfahren (Rechtsmittel)

A. Die Vorstellung (Remonstration)

Art. 89

B. Die Verwaltungsbeschwerde (Rekurs)

- Art. 90: Zulässigkeit. Gründe und Antrag
- Art. 91: Beschwerdefrist
- Art. 92: Beschwerdeberechtigte
- Art. 93: Beschwerdeeinlegung. Inhalt
- Art. 94: Gegenerklärung des Anfechtungsgegners
- Art. 95: Überweisung an den Verwaltungsgerichtshof. Vorprüfung
- Art. 96: Zurückweisung der Beschwerde aus formellen Gründen
- Art. 97: Anordnung von Ergänzungen des Verfahrens
- Art. 98: Vernichtung der angefochtenen Entscheidung wegen wesentlicher Mängel des Verfahrens und wegen Aktenwidrigkeit des Tatbestandes
- Art. 99: Neue Tatsachen und Beweismittel
- Art. 100: Aufschiebende Wirkung und Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes
- Art. 101: Inhalt der Entscheidung
- Art. 102: Aufhebung oder Abänderung zum Vorteil oder Nachteil der anfechtenden Partei
- Art. 103: Ergänzende Bestimmungen
- Art. 103a

C. Die Wiederherstellung (Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme)

- Art. 104: 1. Auf Parteiantrag
- Art. 105: 2. Wiederaufnahme von amtswegen

D. Die Nichtigerklärung (Kassation)

Art. 106

E. Die Einstellung (Sistierung)

Art. 107

F. Die Erläuterung

Art. 108

G. Nachsichtsgesuche. Anzeigen

Art. 109

III. Hauptstück: Das Verwaltungszwangsverfahren

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

- Art. 110: Anwendung
- Art. 111: Zwangsbehörden und Zwangsorgane
- Art. 112: Beschränkung und Verhältnismässigkeit
- Art. 113: Veranlassung und Androhung
- Art. 114: Anfechtung von Zwangsverfügungen oder Entscheidungen
- Art. 115: Parteienverhandlung im Verwaltungszwangsverfahren
- Art. 116: Aufschub des Verwaltungszwanges
- Art. 117: Zwangsstrafe
- Art. 118: Vereitelung des Verwaltungszwanges [aufgehoben]

II. Abschnitt: Die Verwaltungszwangsvollstreckung im Besonderen

- Art. 119: Allgemeine Bestimmung

A. Das Sicherungsverfahren

- Art. 120

B. Das Zwangsbeitreibungsverfahren für öffentlich-rechtliche Geldleistungen

- Art. 121: Anwendung im Allgemeinen
- Art. 122: Eintreibung der Verwaltungsverfahrenskosten einer Partei
- Art. 123: Öffentlich-rechtliche Geldforderungen einer Partei

C. Vollstreckung sonstiger persönlicher Leistungen (Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen)

- Art. 124: Anwendung

I. Ersatzvornahme (Vertretbare Leistungen)

- Art. 125

II. Leistungen ohne Ersatzvornahme (Nicht vertretbare Leistungen)

- A. Im Allgemeinen

- Art. 126

- B. Einfache Gewaltanwendung auf Grund einer Verfügung oder Entscheidung

- Art. 127: Gewaltanwendung im Allgemeinen

- Art. 128: Einzelne Gewaltmassnahmen. Zwang gegen Personen

- Art. 129: Zwang gegen Sachen. Zwangsverwaltung

- Art. 130: Verschiedene Gewaltmittel

III. Abschnitt: Unmittelbarer Verwaltungszwang

- Art. 131: Zulässigkeit und Umfang

- Art. 132: Stellung der anordnenden Behörden und ausführenden Organe. Beschwerde

Einzelne Gewaltmittel insbesondere

- Art. 133: [aufgehoben]

- Art. 134: Eindringen in die Wohnung oder sonstige Räume Einziehung und verwandte
Massnahmen

- Art. 135: [aufgehoben]

IV. Abschnitt: Aufsichts- und Zwangsmassnahmen gegen Selbstverwaltungskörper

- Art. 136

V. Abschnitt: Landsnöte und Landsrettung

- Art. 137

VI. Abschnitt: Das Friedensbot

- Art. 138

IV. Hauptstück: Das Verwaltungsstrafverfahren

I. Abschnitt: Ergänzung des Verwaltungsstrafrechts

A. Vom Verwaltungsstrafrecht im Allgemeinen

Art. 139: Allgemeine und ergänzende Strafgrundsätze

Art. 140: Ergänzende Strafbestimmung

B. Die bedingte Bestrafung

Art. 141: Allgemeine Bedingungen

Art. 142: Wegfall und Wirkung der bedingten Bestrafung

C. Die bedingte Entlassung

Art. 143

D. Die Rehabilitation

Art. 144

E. Unbedingte Strafnachsicht. Strafniederschlagung. Jugendliche. Gnadenweiser Nachlass

Art. 145

F. Die Verwarnung

Art. 146

II. Abschnitt: Das Verwaltungsstrafbot

Art. 147: Zulässigkeit und Zuständigkeit

Art. 148: Inhalt des Verwaltungsstrafbotes

Art. 149: Einspruch

III. Abschnitt: Das Unterwerfungsverfahren

Art. 150: Zulässigkeit, Zweck und Wirkung

Art. 151: Unterwerfungsprotokoll und dessen Ersatz

IV. Abschnitt: Das Strafverfahren insbesondere

A. Das erstinstanzliche Verfahren

Art. 152: Zuständigkeit

Art. 153: Einziehungsbeteiligung und Vertretungsverbindlichkeit

Art. 154: Anwendbare Bestimmungen

Art. 155: Beschlagnahme

Art. 156: Durchsuchungen

Art. 157: Vorläufige Festnahme und Untersuchungshaft

Art. 158: Der Verwaltungsstrafentscheid

Art. 159: Grundsätze für den Verwaltungsstrafentscheid

B. Das Rechtsmittelverfahren

Art. 160: Die Beschwerde

Art. 160a: Hemmung von Rechtsmittelfristen

Art. 161: Abänderung durch die Regierung

Art. 162: Das Beschwerdeverfahren

Art. 163: Die Wiederaufnahme

V. Abschnitt: Die Verwaltungsstrafvollstreckung

Art. 164: Allgemeine Bestimmung

Art. 165: Vollstreckung gegen den Vertretungspflichtigen

V. Hauptstück: Schluss-, Einführungs- und Anwendungsbestimmungen

Art. 166: Amtsmissbrauch – Entschädigung

Art. 167: Strafregister

Art. 168: Grundbuchsbestimmung

Art. 169: Gebührenordnung

Art. 170: Aufhebung, Abänderung und Ergänzung bestehender Vorschriften

Art. 171: Zeitliche Anwendung

Art. 172: Durchführung

